

die ganze Welt heraufbeschwören würde. Im Interesse der eigenen Sicherheit wie der aller Völker sind die Staaten des Warschauer Vertrages darauf vorbereitet, Gegenmaßnahmen zur Wahrung des militärstrategischen Gleichgewichts zu ergreifen. Beide Seiten unterstützen voll und ganz die jüngste Regierungserklärung der Sowjetunion, die die Gefahren und Konsequenzen aufzeigt, die der Hochrüstungskurs der NATO, besonders der USA, nach sich zieht. Die Staaten der NATO würden dabei weder militärisch noch politisch etwas gewinnen, aber Sicherheit, Vertrauen und friedliche Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen würden schweren Schaden nehmen.

Die Gesprächspartner bekräftigten die Entschlossenheit ihrer Parteien und Staaten, sich weiterhin mit ganzer Kraft für konkrete Schritte der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, insbesondere im Bereich der Nuklearwaffen, einzusetzen. Sie bekundeten ihre volle Unterstützung für die weitreichenden Initiativen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Genossen Juri Andropow, zur Verringerung der nuklearen Konfrontation in Europa und in der Welt.

Die DDR und die VRB sind der Meinung, daß die konstruktiven, von hoher Verantwortung getragenen Positionen der UdSSR in Genf ein Abkommen über Mittelstreckenwaffen in Europa möglich machen. Doch müssen die USA und deren Verbündete ihre destruktive Linie auf geben, durch die diese Verhandlungen in eine Sackgasse geraten sind.

Beide Seiten verurteilten die von der Reagan-Administration gelenkte Propagandakampagne für die völlig unannehmbare „Zwischenlösung“ ebenso wie die berüchtigte „Null-Lösung“ als betrügerisches Manöver gegenüber der besorgten Öffentlichkeit, um die Stationierung der neuen Raketenkernwaffen noch in diesem Jahr gegen den Willen der Völker durchzusetzen.

Erich Honecker und Todor Shiwkow wiesen auf die Bedeutung kernwaffenfreier Zonen in verschiedenen Teilen des europäischen Kontinents hin. In diesem Zusammenhang bekräftigte die DDR ihre Unterstützung für die Initiativen der VRB zur Bildung einer kernwaffenfreien Zone auf dem Balkan.

Die bulgarische Seite würdigte die konstruktive Antwort der Deutschen Demokratischen Republik auf den Vorschlag der schwedischen Regierung zur Schaffung einer von atomaren Gefechtsfeldwaffen freien Zone in Mitteleuropa.

Die Gesprächspartner stellten übereinstimmend fest, daß die in den Wiener Verhandlungen unterbreiteten Vorschläge der sozialistischen Staaten für konkrete Reduzierungen der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa es ermöglichen, die von den NATO-Staaten geschaffenen künstlichen Hindernisse zu überwinden.

Sie drückten die Hoffnung aus, daß die westlichen Verhandlungspartner die Bereitschaft aufbringen, eine gegenseitig annehmbare Vereinbarung zu erreichen.